



DER STANDARD 17. FEBRUAR 2004

---

## Sozialpolitik von gestern

Conrad Seidl

---

In nichts sind sich die Parteien so einig wie in der Absicht, eine sozial gerechte Politik machen zu wollen. Die Vorstellungen davon, was sozial und gerecht eigentlich ist, unterscheidet sich je nach ideologischem Hintergrund natürlich beträchtlich – dafür könnten sich wohl die meisten Sozialpolitiker wieder auf die populistische Formel verständigen, „Wer rasch hilft, hilft doppelt“.

Diese Formel hat in akuten Katastrophenszenarien ihre Berechtigung – wenn es aber nicht gerade um die Eindämmung von Wasser und Feuer, die Erstversorgung Verletzter oder eine Nahrungsmittelspende an Hungernde geht, dann stiftet sozialpolitischer Aktionismus mehr Schaden als Nutzen: Langfristige Folgen werden ausgeblendet. Dass schon kurzfristige Folgewirkungen vergessen werden, hat die Aufregung nach der sich gegenseitig aufhebenden Erhöhung von Pensionszahlungen und Krankenversicherungsbeiträgen bei Pensionisten gezeigt.

Also wurde flugs wieder herumgedoktert – und versprochen, dass 2005 nicht mehr dasselbe passieren wird. Ob andere unbedachte Nebeneffekte eintreten? Das zeigt sich nächstes Jahr.

Es ist daher eine durchaus charmante Idee des Sozialexperten Bernd Marin, dass sich die Politiker durch eine „Pensionsverfassung“ selber die Hände binden, damit nicht aus jedem x-beliebigen Anlass an der nächstbesten Schraube des Sozialsystems gedreht und die Balance der Verteilungsgerechtigkeit infrage gestellt wird. Schöne Theorie. In der Praxis zeigt sich aber – wie die Opposition zu Recht beklagt – ein Nachhinken der Sozialstatistik und Sozialberichte: Noch kann das Parlament gar nicht wissen, wie sich die Reformen der letzten Jahre ausgewirkt haben – schon beschließt es die Reform der Reform. So ist die Sozialpolitik zwangsläufig eine von gestern statt von morgen.

---